

Revolutionäre, Hegemonie und die Einheitsfront

isj.org.uk/hegemony-and-the-united-front/

Ausgabe: 187

Veröffentlicht am 2. Juli 2025

Héctor Sierra

Die Arbeiter:innenklasse ist politisch zersplittert, was sich auch an ihrer Unterstützung für verschiedene Parteien oder gar keiner Partei zeigt.¹ Das Vorhandensein dieser Spaltungen ist kein Zufall der Geschichte, der einfach weggewünscht werden könnte. Es spiegelt ideologische Strömungen wider, die in der Ungleichheit des Bewusstseins und der Erfahrungen der Arbeiterinnen und Arbeiter verwurzelt sind. In nicht revolutionären Zeiten haben diejenigen, die für Reformen eintreten und gleichzeitig Elemente des vorherrschenden Bewusstseins zum Ausdruck bringen, tendenziell die Oberhand über jene, die für eine Revolution eintreten. Das Ziel einer revolutionären sozialistischen Partei ist es, eine Mehrheit der Arbeiter:innen für ihr Projekt zu gewinnen und gestützt auf demokratische Organe der Arbeiterschaft von unten diese zu einem erfolgreichen Kampf gegen die herrschende Klasse und den kapitalistischen Staat zu führen. Allerdings wird der Erfolg einer angehenden revolutionären Partei vor einer revolutionären Situation weitgehend abhängig sein von dem Grad ihrer Verwurzelung und ihres Einflusses. Das bedeutet, revolutionäre Parteien müssen auch in nichtrevolutionären Situationen versuchen, ihren Einfluss innerhalb der Arbeiter:innenbewegung auszubauen.

Im Alltag ergibt sich für die arbeitende Klasse die Möglichkeit, neue Rechte zu erringen, während andere, vor langer Zeit errungene Rechte angegriffen werden, was Potenzial für Widerstand schafft. Vor allem in den daraus resultierenden Kämpfen kann die Zersplitterung der arbeitenden Klasse überwunden werden. Die potenzielle Macht der Arbeiter beruht sowohl auf ihrer zahlenmäßigen Stärke als auch auf ihrer Position innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, aber diese Macht kann nur kollektiv ausgeübt werden, was der Einheit in der Aktion einen hohen Stellenwert verleiht.

Die Tatsache, dass die Klasse unterschiedliche Parteien unterstützt, kann sich als Hindernis für diese Einheit erweisen. Eine Antwort darauf ist, die Parteien selbst als das Problem zu betrachten. Eine andere Antwort besteht darin, die eigene „Partei“ (auch wenn sie, wie es bei revolutionären Gruppen oft der Fall ist, eine winzige Organisation bleibt) als das Aktionsinstrument zu präsentieren, dem sich andere unterordnen müssen. Eine fruchtbare Antwort ist die Taktik der Einheitsfront, die von den Bolschewiki in Russland entwickelt und dann von den führenden Marxist:innen der Zwischenkriegszeit theoretisiert wurde. Diese Taktik prägt auch heute noch die Herangehensweise revolutionärer Organisationen wie der Socialist Workers Party (SWP) in Großbritannien.

Dieser Artikel befasst sich mit der Theorie der Einheitsfront und soll Aufschluss darüber geben, wie sich eine kämpferische Einheit der Arbeiter:innenklasse in Bezug auf zentrale Fragen der heutigen Bewegung entwickeln kann, und geht dabei auch auf die damit verbundene Frage ein, wie revolutionäre Sozialist:innen ihren Einfluss unter den Arbeiterinnen und Arbeitern in einer Zeit zunehmender Krisen ausbauen können. Er untersucht die Ursprünge der Einheitsfrontpolitik in der Kommunistischen Internationale (Komintern) und widmet dabei den Erfahrungen in Italien und Deutschland besondere Aufmerksamkeit. Anschließend wird untersucht, wie die Einheitsfront von der offiziellen stalinistischen Führung der kommunistischen Bewegung aufgegeben wurde, nicht ohne Gegenwehr oder Widerstand von Schlüsselpersonen der revolutionären Bewegung wie Clara Zetkin, Antonio Gramsci und Leo Trotzki. Es wird der alternative Ansatz zur Herstellung von Einheit betrachtet, die Politik der »Volksfront«, die von

den stalinistischen Parteien nach dem Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland verfolgt wurde und auch heute noch Anhänger hat. Abschließend werden einige heutige Beispiele dafür betrachtet, wie die Einheitsfronttaktik von Revolutionär:innen angewandt wurde, um die Einheit in der Aktion zu fördern, und es werden Schlussfolgerungen für ihre Anwendung in der heutigen Zeit gezogen.

Ursprünge der Einheitsfrontpolitik

Das Schicksal der Russischen Revolution von 1917 hing davon ab, dass sie sich auf die fortgeschrittenen Industrieländer Europas ausbreitete, die über eine weitaus größere Arbeiter:innenklasse und fortschrittlichere Produktionsmittel verfügten als Russland. Angesichts der Unruhen, die mit dem Ende des Ersten Weltkriegs einhergingen, war dies keine abwegige Aussicht. Im März 1919 ergriff die Führung der Bolschewiki die Initiative zur Gründung der Kommunistischen Internationale (Komintern), einer internationalen Organisation, die die Lehren aus dem Jahr 1917 verallgemeinern wollte. Lenin hatte bereits 1914, als die sozialistischen Massenparteien der Zweiten Internationale vor dem imperialistischen Krieg kapitulierten, eine neue Internationale gefordert, die fest auf revolutionären Prinzipien gründete. Die Kapitulation offenbarte die Stärke des Reformismus in diesen Parteien. Die Dringlichkeit eines Bruchs mit der Sozialdemokratie wurde noch deutlicher, als am Ende des Krieges Europa von Aufständen von Millionen Arbeiterinnen und Arbeitern erfasst wurde, sie jedoch von der in den meisten Ländern vorherrschenden reformistischen Führung zurückgehalten wurden. Die Niederlagen in Deutschland und Italien, auf die weiter unten eingegangen wird, wurden zu wichtigen Lehren. Im Jahr 1921 schien die revolutionäre Krise in Europa zumindest vorübergehend wieder abgeflaut zu sein, die herrschende Klasse hatte wieder Zuversicht gewonnen und ging in die Offensive, um die in den vorangegangenen Jahren von den Arbeiter:innen errungenen Rechte wieder zurückzunehmen.²

Während der revolutionären Woge waren viele Parteien in der Komintern zu großen Organisationen mit Zehntausenden, manchmal sogar Hunderttausenden Mitgliedern herangewachsen, aber sie agierten nun in einem Umfeld, in dem eine Revolution nicht unmittelbar bevorstand. Außerdem hatten die neuen kommunistischen Parteien die reformistischen Organisationen der Zweiten Internationale nicht verdrängt. Stattdessen gab es in den meisten Ländern neben ihnen größere reformistische Parteien, denen in der Regel die Mehrheit der Arbeiter:innenschaft anhing. Diese gespaltene Arbeiter:innenklasse sah sich nun mit der Gefahr steigender Arbeitslosigkeit, Angriffen auf die Löhne und den ersten faschistischen Aktivitäten, die sich gegen Arbeiterorganisationen und die Linke richteten, konfrontiert. In seiner Geschichte der Komintern erklärt Pierre Broué, was dies bedeutete:

Für die russischen Kommunist:innen war die Aussicht auf eine Revolution nicht verschwunden, auch wenn sie nun vielleicht noch Jahre auf sich warten lassen würde. Aber das bedeutete neue Anforderungen. Um die Mehrheit des Proletariats zu gewinnen und die breite Sympathie der unterdrückten gesellschaftlichen Schichten zu erlangen (unverzichtbar für den Sieg der Revolution), war es als erster Schritt notwendig, dass revolutionäre Ideen und Organisationen sich gegen ihre reformistischen Entsprechungen durchsetzen mussten. Das konnte nicht durch einen Sinneswandel aufgrund von Argumenten und Lehren aus der Geschichte, Philosophie, Bildung, Agitation oder Propaganda erreicht werden. Es hing von der Fähigkeit der Revolutionäre ab, die Massen durch Taten und ihre eigenen Erfahrungen zu überzeugen.³

Die russischen Revolutionsführer Wladimir Lenin und Leo Trotzki stürzten sich in die daraus resultierenden Debatten.⁴ Um die Mehrheit der arbeitenden Klasse für sich zu gewinnen, sagten sie, müssten Revolutionäre lernen, nicht nur unter Bedingungen entstehender Kämpfe zu handeln, sondern auch in Situationen des Rückzugs, in denen die Arbeiter:innen Abwehrkämpfe führen mussten. Diese Lektion hatten die Bolschewiki gelernt, nachdem die erste Russische Revolution von 1905 niedergeschlagen worden und eine Phase staatlicher Unterdrückung gefolgt war. Die langen Jahre

mühsamer Verteidigungskämpfe und lokaler Streiks stählten ihre Mitglieder darin, wie sie in eine Vielzahl von Kämpfen eingreifen und diese anführen konnten.

Für Broué lag der Kern des Problems darin, dass »Arbeiter nur dann aktiv werden, wenn sie glauben, dass sie eine realistische Aussicht auf Sieg haben«. Die Spaltung der Zweiten Internationale schuf eine Situation, in der es »fast überall offensichtlich war, dass es keine konkrete Aussicht auf einen Sieg gab, wenn die Kämpfe nicht vereint waren – mit anderen Worten, wenn reformistische und revolutionäre Organisationen nicht zusammenkamen, um ein gemeinsames Ziel zu verfolgen«.⁵ Hier konnten die bolschewistischen Führer auch auf ihre eigenen Erfahrungen aus dem Sommer 1917 zurückgreifen, als die Rechte versuchte, die Provisorische Regierung unter Alexander Kerenski zu stürzen, die nach dem Sturz des Zaren in der Februarrevolution 1917 eingesetzt worden war.⁶ Angesichts eines drohenden Putsches durch General Kornilow, der die Revolution zerschlagen und die Errungenschaften der Arbeiter und Unterdrückten rückgängig machen wollte, verlagerte sich der Schwerpunkt der Bolschewiki von der Agitation für einen linken Sturz der Provisorischen Regierung hin zur Organisation eines Verteidigungskampfes gegen den Putsch. Überall ergriffen die Bolschewiki die Initiative zur Gründung von Komitees zur revolutionären Verteidigung, in denen sie eine Minderheit bildeten. Ihr Drängen auf ein gemeinsames Vorgehen stieß auf große Resonanz, aber nicht ohne eine gewisse Verwirrung in ihren Reihen.

Trotzki erinnerte sich daran, dass ihn bolschewistische Matrosen des Kreuzers »Aurora«, die zur Verteidigung Kerenskis entsandt worden waren, aufsuchten und fragten, ob sie das Chaos nach dem Putschversuch nicht besser hätten nutzen können, um die Regierung zu verhaften. Trotzki antwortete: »Nein, es ist noch nicht Zeit, legt das Gewehr auf Kerenskis Schulter und schießt auf Kornilow. Danach werden wir unsere Rechnung mit Kerenski machen.«⁷ Diese Erfahrung war in zweierlei Hinsicht bedeutsam. Erstens gelang es den Bolschewiki durch ihren gemeinsamen Kampf gegen Kornilow, den General zu besiegen, wo eine zersplitterte Arbeiterbewegung gescheitert wäre – der Putsch wurde innerhalb von vier Tagen abgewendet. Zweitens wuchs die Popularität der Bolschewiki unter den Arbeiter:innen, von denen viele zuvor andere Parteien unterstützt hatten, was dazu führte, dass sie im Vorfeld des Oktoberaufstands die Mehrheit in den Sowjets gewinnen konnten. Trotzki sagte über die Matrosen der »Aurora«: »Ende August – die verlässlichste Wache des Winterpalais gegen Kornilow, werden sie Ende Oktober das Winterpalais aus den Geschützen der ›Aurora‹ beschießen.«⁸

Trotzki legte in Debatten in der Komintern sehr deutlich dar, was als Politik der Einheitsfront bekannt wurde.⁹ Hier betont er, dass Revolutionäre in der Frage der Einheit der Arbeiter nicht neutral sind: »Die Partei, die sich mechanisch diesem Bedürfnis der Arbeiterklasse nach Einheit der Aktionen entgegenstellt, wird unvermeidlich von den Arbeitern verurteilt.«¹⁰ Revolutionäre sollten versuchen, Einheit im Handeln zu schmieden und dabei Spaltungen aufgrund der Parteizugehörigkeit zu überwinden. Dies ist die beste Garantie für den Erfolg von Kämpfen und erhöht dabei die Kampfbereitschaft und das Klassenbewusstsein der Arbeiter – um so günstigere Bedingungen für Revolutionäre zu schaffen:

Je größere Massen in die Bewegung hineingezogen sind, desto höher steigen deren Selbstgefühl und Selbstvertrauen, desto entschlossener sind sie bereit, nach vorne zu gehen [...]. Dies bedeutet, dass das Steigen des Massencharakters der Bewegung diese revolutioniert und auf diese Weise die günstigeren Bedingungen für die Lösungen und Kampfesmethoden und die leitende Rolle überhaupt der Kommunistischen Partei schafft.¹¹

Eine Partei, die die Notwendigkeit der Einheit in der Aktion nicht verstanden hat, wäre »zu einer kommunistischen Propagandagesellschaft entartet; sie hätte sich nicht zu der auf die Machteroberung ausgehenden Partei entwickelt«.¹²

Trotzki verglich jene Revolutionäre, die den vereinten Kampf der Massen fürchteten, mit einem »Schwimmer [...], der die Thesen über die beste Schwimmart gebilligt hat, der aber trotzdem nicht wagt, ins Wasser zu springen.«.¹³

Eine ernsthafte Einheit in der Aktion bedeutet zwei Dinge: Erstens, dass der Aufruf zur Einheit ernst gemeint sein muss, wobei gemeinsame Ziele für Revolutionär:innen und Reformisten:innen festgelegt werden. Das könnte beispielsweise bedeuten, einen Aktionsaufruf auf einen entschlossenen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu beschränken, ohne darauf zu bestehen, dass das Ziel der gemeinsamen Aktion den gewaltigen Sturz des kapitalistischen Staates beinhaltet muss – auch wenn das letztendlich Ziel der Revolutionäre ist. Folglich sollten sich vorübergehende Bündnisse zwischen Revolutionären und Reformisten um bestimmte Themen oder Ziele drehen, anstatt umfassende programmatische Vereinbarungen zu verlangen. Zweitens bedeutet es, dass der Aufruf zur Einheit sich nicht nur an die Basis, sondern auch an die Führung der reformistischen Parteien richten sollte. Der springende Punkt dieser Taktik ist, dass viele Arbeiter auf die reformistischen Organisationen und ihre Führung schauen und deshalb viel eher zur Mobilisierung für den Kampf bereit sind, wenn sie von diesen dazu aufgerufen werden.¹⁴

Trotzki sah, dass die aufrichtigen Versuche der Revolutionäre, Einheitsfronten ins Leben zu rufen, manchmal nur zu Teilvereinbarungen führten oder gänzlich abgelehnt wurden. Selbst in solchen Fällen war der Ansatz wichtig, denn es »ist notwendig, dass die kämpfenden Massen immer die Möglichkeit haben, sich zu überzeugen, dass das Nichteinreichen der Einheit der Aktionen [...] durch den mangelnden Willen der Reformisten, wirklich zu kämpfen, hervorgerufen wurde«.¹⁵ Wenn die reformistischen Führer den Aufruf zur Einheit ablehnten, war dies dennoch eine bessere Ausgangslage, die Basis dieser Organisationen zur Aktivität zu bewegen, als wenn kein solcher Aufruf erfolgt wäre.

Das Streben nach Einheit ist dem Ziel der revolutionären Partei untergeordnet, in der Arbeiter:innenklasse eine Hegemonie zu erlangen. Jede Einheitsfront setzt die Existenz einer revolutionären Partei voraus, die groß genug, organisatorisch geschlossen und ideologisch klar ist. Aus diesem Grund bestand Trotzki darauf, dass Revolutionäre auch bei Bündnissen mit anderen Kräften stets ihre politische Unabhängigkeit bewahren sollten: »Aus diesem Grunde sind für uns alle organisatorischen Abkommen, die unsere Freiheit der Kritik und der Agitation schmälen, vollkommen unannehmbar. Wir nehmen an der Einheitsfront teil, nicht auf einen Augenblick lösen wir uns aber in dieser auf. Wir wirken in dieser als eine selbstständige Abteilung.«¹⁶

Diese Forderung war aus zwei Gründen wichtig: Erstens konnten Revolutionäre nur dann zu einem Anziehungspunkt für die reformistischen Arbeiter werden, mit denen sie kämpften, wenn sie ihre Identität bewahrten. Trotzki betonte nachdrücklich: Die Partei »muss zu jedem Zeitpunkt klar und deutlich erklären, was sie will, wonach sie strebt, und sie muss vor den Augen der Massen zu ihren eigenen Schritten und Vorschlägen Stellung nehmen«.¹⁷ Zweitens konnten bei Verschärfung des Kampfes, die durch die Einheitsfront ermöglicht wurde, diese Bündnisse selbst auf die Probe gestellt werden. Reformistische Führer könnten die Entwicklung des Kampfes bis zu einem bestimmten Punkt unterstützen, sich dann aber davon bedroht fühlen und den Kampf zu »bremsen« versuchen. So wie Revolutionäre ihre »Bereitschaft zeigen sollten, innerhalb bestimmter Grenzen und in bestimmten Fragen unsere Aktionen mit denen reformistischer Organisationen in der Praxis zu korrelieren«, sollten sie sich »immer das Recht vorbehalten, den Kampf bis zum Ende zu führen«, das heißt, unabhängig zu handeln, wenn das Bündnis mit Reformisten eher ein Hindernis als ein Ansporn für die Fortsetzung des Kampfes wurde.¹⁸

Der Kampf Lenins und Trotzkis um eine Neuausrichtung der Bewegung hatte sich bis 1922 durchgesetzt, zumindest was die formelle Annahme der neuen Politik durch die Komintern betraf. Wo sie konsequent angewendet wurde, erwies sich die Taktik als fruchtbar, aber sie blieb weiterhin eine Quelle von Kontroversen unter den neuen kommunistischen Parteien. Die Erfahrungen in Italien und Deutschland liefern einige Beispiele, sowohl positive als auch negative.

Die Erfahrungen in Italien

Die Biennio Rosso, die beiden »roten Jahre« 1919–20 in Italien, gipfelten in Fabrikbesetzungen, die sich über das ganze Land ausbreiteten, insbesondere in der Metallindustrie im Norden. Hinzu kamen Unruhen im eher ländlichen Süden und Meutereien von Soldaten. Die Möglichkeit eines Arbeiteraufstands gegen den italienischen Staat war gegeben. Die Sozialistische Partei Italiens (PSI) war eine breit aufgestellte Organisation, denen Sozialisten und Revolutionäre wie Antonio Gramsci bis hin zu ausgesprochenen Reformisten wie Filippo Turati angehörten. Es waren die Nichtrevolutionäre, die die PSI dominierten, und sie beschlossen, dass das Schicksal der Fabrikbesetzungen in der Verantwortung der Gewerkschaften lag, nicht in ihrer. Der Gewerkschaftsverband hielt daraufhin eine Abstimmung ab und lehnten den Ruf nach Revolution ab. Stattdessen einigte er sich mit den Unternehmern auf Lohnerhöhungen und andere Reformen.¹⁹

Jahre später, als Gramsci in einem der Gefängnisse Benito Mussolinis saß, erinnerte sich Gramsci an den Rat, den Lenin den italienischen Revolutionären gegeben hatte: »Trennt euch von Turati und schließt dann ein Bündnis mit ihm«.²⁰ Diese scheinbar widersprüchliche Botschaft fasste die doppelte Natur der Einheitsfront zusammen, die sowohl die Notwendigkeit für Revolutionäre beinhaltete, eine eigenständige und separate Strömung in der Arbeiterbewegung in Form einer geschlossenen und prinzipientreuen Partei zu bilden, als auch das Bestreben, Einheit mit anderen außerhalb dieser Bewegung zu schmieden. Die italienischen Revolutionäre hatten den ersten Teil von Lenins Ratschlag ignoriert, und der Preis, den sie dafür zahlten, war hoch. Als die Kommunistische Partei Italiens (PCI) schließlich als unabhängige Kraft hervortrat, führte die Ablehnung der PSI dazu, den zweiten Teil von Lenins Ratschlag eher nicht zu befolgen. Die PCI befand sich unter der ultralinken Führung von Amadeo Bordiga, der die Einheitsfront ablehnte und selbst taktische Kompromisse mit dem Reformismus ablehnte. Das war besonders gefährlich, weil die Niederlage der Fabrikbesetzungen den Faschisten von Benito Mussolini den Boden bereitete – und sie sich der herrschenden Klasse als Werkzeug anbot, um die von den Arbeitern ausgehende Gefahr zu beseitigen. Wie Broué feststellt:

In der ersten Hälfte des Jahres 1921 wurden 19 Druckereien und Arbeiterdruckereien zerstört, 59 Volkshäuser, 119 Arbeiterkammern, 83 Bauernverbände, 151 sozialistische Zirkel und alles, was dazugehörte, sowie 151 Kulturzirkel. Wir lassen hier die Zahl der Menschen unerwähnt, die starben oder verletzt wurden, Männer und Frauen, die von Gewalt, Angst, Demütigung, Ruin und Ohnmachtsgefühlen niedergeschlagen wurden.²¹

Die PCI weigerte sich, die Führung zu übernehmen, und die PSI, die am stärksten von der Gewalt betroffen war, unterzeichnete einen »Befriedungspakt« mit Mussolini. Trotz dieser miserablen Führung entstand die Möglichkeit eines vereinten Widerstands der italienischen Arbeiter in Form der Ardit del Popolo, einer Organisation, die von einer Gruppe ehemaliger Offiziere gegründet wurde, die sich dem Faschismus widersetzen wollten. Die Ardit waren breit angelegte antifaschistische Verteidigungsorganisationen:

Zur ursprünglichen Gruppe gehörten auch einige Anarchisten [...] und möglicherweise ein paar Abenteurer. Aber diejenigen, die sich anschlossen, waren Männer mit sehr unterschiedlichem Hintergrund, die kämpfen wollten. Darunter waren nicht nur junge Sozialisten [...], sondern auch Kommunisten und Leute ohne Parteizugehörigkeit, die einfach Demokraten waren. An mehreren Orten begannen diese Gruppen bereits, sich den Angreifern zu widersetzen, sie in die Flucht zu schlagen und damit eine Perspektive für die Bekämpfung des Terrors zu eröffnen.²²

Tom Behan beschreibt die bedeutsamen Anfänge der Ardit:

3.000 Ardití trafen sich zu ihrer ersten [...] nationalen Kundgebung im Botanischen Garten Roms. [...] Ihre Botschaft war einfach: Sie waren eine militärische Organisation, die gegründet worden war, um die faschistische Gewalt zu besiegen. Aber dies war keineswegs eine kleine Gruppe, die einzelne Terrorakte gegen Faschisten verübt. Es war eine Bewegung, die das Potenzial hatte, sehr groß zu werden, die öffentliche Veranstaltungen organisierte und sporadisch eine Zeitung herausgab. [...] Zu der Kundgebung [...] wurde im Rahmen einer nationalen Demonstration gegen faschistische Gewalt aufgerufen. [...] mehr als 50.000 kamen. [...] Zwei Tage später schrieb der Polizeichef von Rom in einem Bericht, dass die Größe und Art der Demonstration »den Führer der lokalen faschistischen Bewegung schockierte, der sich Sorgen über die neue Lage in der römischen Arbeiterklasse zu machen begann«.²³

Allerdings »verbot die Kommunistische Partei ihren Mitgliedern, sich den Ardití del Popolo anzuschließen, deren Gründung sie als ›Manöver der Bourgeoisie‹ bezeichnete«.²⁴ Bordigas Zeitung erklärte, dass »Kommunisten [...] nicht an Aktivitäten teilnehmen können und dürfen, die von anderen Parteien organisiert werden oder die in jedem Fall außerhalb der Partei entstehen«, und machte sich daran, eigene »reine« kommunistische Trupps als Konkurrenz zu den Ardití zu gründen.²⁵

Auf lokaler Ebene lehnten viele PCI-Mitglieder diesen sektiererischen Ansatz ab und engagierten sich in den Ardití, manchmal sogar in führenden Positionen. In vielen Gebieten bewiesen die Ardití, dass es möglich war, den Faschismus zurückzudrängen. Das beste Beispiel dafür kam aus Parma, wo 20.000 bewaffnete Faschisten, die auf die Stadt marschierten, von den lokalen Ardití zurückgeschlagen wurden. Solche Beispiele blieben jedoch lokal begrenzt, da keine nationale Organisation versuchte, sie zu verallgemeinern. Mussolini sagte später zu einem Biografen: »Wäre das Modell von Parma auch andernorts erfolgreich angewendet worden, wäre das Recht der Kriegsveteranen [Faschisten] auf Kontrolle über das öffentliche Leben infrage gestellt worden«.²⁶

Wegen ihrer sektiererischen Haltung hatte es die PCI versäumt, eine Einheitsfront gegen den Faschismus aufzubauen. Sie hatte auch die Gelegenheit verpasst, die Arbeiter der PSI für sich zu gewinnen, indem sie eine Alternative zur sozialistischen Führung bot, die den Kampf gegen Mussolini aufgegeben hatte. Selbst der Präsident der Komintern, Grigori Sinowjew, dem es zweifellos an Lenins und Trotzkis Klarheit in Bezug auf die Einheitsfronttheorie mangelte und der später einige Argumente dagegen anführte, kritisierte das Verhalten der PCI mit scharfen Worten:

[Die PCI] sagte: »Sollen wir uns wirklich mit solch verwirrten Leuten einlassen? Sie haben nicht einmal den dritten Band von Marx' ›Kapital‹ gelesen« Das ist sehr wahr. Vielleicht hatten sie nicht einmal den ersten Band gesehen, geschweige denn gelesen. Aber diese Leute waren bereit, gegen den Faschismus zu kämpfen.²⁷

Die Erfahrungen in Deutschland

Die anfängliche Debatte über die Einheitsfronttaktik konzentrierte sich auf den offenen Brief, der von Paul Levi, damals führendes Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), verfasst und im Januar 1921 in der Parteizeitung *Die Rote Fahne* veröffentlicht worden war.²⁸ Diese Massenorganisation mit über 300.000 Mitgliedern war aus einer kurz zuvor erfolgten Fusion zweier Gruppen hervorgegangen. Die erste war der linke Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), die sich während des Ersten Weltkriegs von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) abgespalten hatte und eine verwirrende Mischung aus Revolutionären, Reformisten und »Zentristen« umfasste, die zwischen beiden Lagern schwankten. Unter dem Druck der Russischen Revolution und des Ausbruchs der Revolution in Deutschland am Ende des Ersten Weltkriegs sahen sich die Führer der USPD gezwungen, eine Konferenz in Halle einzuberufen, um über den Beitritt zur Komintern zu debattieren. Die Bedingung

für den Ausschluss war, die bekanntesten reformistischen Führer der Partei auszuschließen. Die zweite Gruppe war die ursprüngliche KPD, die im Januar 1919 gegründet worden war und sich aus Revolutionären zusammensetzte, die in der USPD in Rosa Luxemburgs Spartakusgruppe und anderen Strömungen selbstständig organisiert gewesen waren. In dieser frühen KPD befanden sich starke linke Strömungen, die vor allem auf Initiative von Levi aus der Partei ausgeschlossen wurden und daraufhin ihre eigene Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands gründeten.²⁹

Levis Reaktion auf die Offensive der herrschenden Klasse stützte sich auf die Erfahrungen kämpferischer Kommunisten in der Metallarbeitergewerkschaft Stuttgart. Diese hatten sich in der lokalen Gewerkschaftsbewegung mit der Forderung durchgesetzt, dass sie gemeinsam für niedrigere Lebensmittelpreise, höheres Arbeitslosengeld, niedrigere Lohnsteuer, die Entwaffnung der faschistischen Milizen und eine Reihe weiterer konkreter Forderungen kämpfen sollten. Anschließend forderten sie die Metallarbeitergewerkschaft und den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) auf, den gemeinsamen Kampf für diese Themen einzuleiten, um der Offensive der herrschenden Klasse zu widerstehen und die Arbeiter zu schützen. Die KPD druckte diese Forderungen in der *Roten Fahne* neben dem offenen Brief, der auch an die großen Arbeiterorganisationen geschickt wurde und zur gemeinsamen Aktion aufrief. Die KPD erklärte, sie würde ihre revolutionären Ziele nicht aufgeben, aber sie schlug ernstgemeinte gemeinsame Aktivitäten zu diesen Teilzielen vor. Auf nationaler Ebene gab es keine Reaktion der angeschriebenen Organisationen, aber in den Betrieben und den Gewerkschaftsverbänden stieß der Brief auf große Resonanz und löste eine Debatte über die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns aus.³⁰

Leider sollte der in dem offenen Brief unterbreitete, höchst wirksame Ansatz sich nicht durchsetzen. Levi wurde bald in der KPD-Führung an den Rand gedrängt. Offensichtlich geschah dies nach seiner Teilnahme an einem Kongress der italienischen PSI, auf dem er die taktische Uneschicklichkeit der Vertreter der Komintern kritisierte. Dies führte zu einer Abstimmung der KPD, die die Position der Komintern unterstützte, woraufhin Levi und mehrere seiner wichtigsten Verbündeten aus der Parteiführung ausschieden und eine weitaus dogmatischere »linke« Gruppe die Führung übernahm. Diese politischen Positionen wurden noch durch den Zustrom ehemaliger USPD-Mitglieder in die neu vereinigte KPD verstärkt, die sich gerade von den reformistischen und zentralistischen Elementen in ihrer eigenen Organisation losgesagt hatten und mächtige ultralinke Strömungen bildeten. Sie wurden auch von Teilen der Komintern unterstützt, denen es an der taktischen Sensibilität Lenins oder Trotzkis mangelte.³¹

Mit der neuen KPD-Führung kam auch die »Theorie der Offensive« ins Spiel. Im Gegensatz zu Levi behaupteten die Befürworter dieser Theorie, dass die Aktionen einer radikalen Minderheit die notwendigen Voraussetzungen für einen revolutionären Aufstand schaffen könnten. Dieser Ansatz wurde 1921 in der »Märzaktion« auf die Probe gestellt, als die KPD versuchte, einen bewaffneten Aufstand ohne die Unterstützung der Arbeiterklasse einzuleiten. Das Ergebnis war eine Katastrophe: Anstatt die Arbeiterklasse näher an die Revolutionäre heranzuführen, entfremdete sie sich von ihnen, was zum Verlust oder zur Demoralisierung Zehntausender KPD-Mitglieder führte. Vor diesem Hintergrund kam es zur weitreichenden Unterdrückung kämpferischer Revolutionäre.

Nach der Märzaktion verteidigte Lenin den offenen Brief gegen Angriffe: »Der offene Brief ist beispielhaft zur Einleitung der praktischen Methode, die Mehrheit der Arbeiterklasse für sich zu gewinnen.« Für Levi, der im April 1921 aus der KPD ausgeschlossen wurde, kam diese Verteidigung zu spät.³² Die KPD versuchte jedoch, aus ihren Fehlern zu lernen, und übernahm im Sommer 1921 die Theorie der Einheitsfront. Dadurch konnte sich die KPD von ihrer Katastrophe erholen und wuchs bis Ende 1922 auf 218.000 Mitglieder an.³³ Auf lokaler Ebene engagierten sich die Mitglieder in dem, was Broué als »Einheitsfrontorgane« bezeichnet, »Gremien, die dauerhaft bestanden und alle Arbeiter einer Fabrik oder eines Ortes unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit zusammenbrachten«.³⁴ Die Vorschläge der KPD in den Gewerkschaften brachten den Kommunisten auch den Ruf als »Verfechter der Einheit« ein.³⁵

Eine Gelegenheit, diese Taktik auf nationaler Ebene zu testen, bot sich im Juni 1922, als Mitglieder einer rechtsextremen Terroristengruppe Walther Rathenau, einen jüdischen Politiker und Geschäftsmann, ermordeten. Das war der jüngste Vorfall in einem sich verschärfenden Feldzug der Rechten, an deren Unterbindung die staatlichen Kräfte wenig Interesse gezeigt hatten. Broué stellt fest:

Die KPD ergriff die Gelegenheit beim Schopf. Zwei Stunden nach dem Attentat schrieb sie an die beiden sozialdemokratischen Parteien und schlug ein Treffen vor, um über die zu ergreifenden Maßnahmen zu entscheiden. [...] Die Lage war so angespannt, dass die Sozialdemokratische Partei das vorgeschlagene Treffen akzeptierte und ohne zu zögern für den 25. Juni zu einer Massendemonstration aufrief. Unterdessen beschloss der Gewerkschaftsbund [...] einen halbtägigen Streik.³⁶

Der ADGB und die sozialdemokratischen Führer sahen sich gezwungen, sich der Initiative der KPD anzuschließen, auch weil die Hauptforderungen der Revolutionäre für sie akzeptabel waren: Dazu gehörten die Säuberung der Armee, des öffentlichen Dienstes und der Gerichte von rechtsextremen Elementen, eine Generalamnestie für politische Gefangene und die Unterdrückung der faschistischen Schlägertrupps. Dennoch gab es in dieser Einheitsfront weiterhin Spannungen. Broué beschreibt die Verhandlungen:

Die anderen Parteien lehnten einen unbefristeten Generalstreik, Kontrollkomitees und das Ziel der Bildung einer Arbeiterregierung ab. Der ADGB verlangte, dass die Forderungen nicht zum Gegenstand eines Überbietungswettbewerbs werden sollten, was die KPD unter der Bedingung akzeptierte, dass die verbleibenden Mindestforderungen mit allen verfügbaren Mitteln durchgesetzt werden sollten – worüber Einigkeit herrschte. Die Vertreter der SPD nutzten ein Plakat, das sie als beleidigend empfanden, als Vorwand, um von der KPD die Zusage zu verlangen, weder die Republik noch ihre derzeitigen Verbündeten anzugreifen. Die Weigerung der Kommunisten brachte das Treffen an den Rand des Scheiterns.³⁷

Die gemeinsamen Demonstrationen fanden statt, und die Regierung sah sich unter genügend Druck, Verhandlungen aufzunehmen, um Gesetze zu verabschieden, die diesen Forderungen nachkamen. Innerhalb von zwei Wochen brachen die SPD-Führer mit der Einheitsfront, um Teil einer rechten Regierungskoalition zu werden. Das rechtfertigte jedoch nicht die Haltung derer in der KPD, die sich gegen eine Einheitsfront mit den Reformisten ausgesprochen hatten. Für die vielen Tausenden Anhänger der SPD, die sich den Protesten gegen die Rechtsextremen angeschlossen hatten, zeigten die Ereignisse, welche der beiden Parteien es mit der Bekämpfung der wachsenden Bedrohung ernst meinte. Dieser Ansatz ermöglichte es der KPD, ihren Einfluss in der Arbeiterbewegung auszuweiten und die Kampfbereitschaft der Arbeiter zu stärken.

Zu lernen, in einer Defensive zu handeln, ist jedoch kein Garant dafür, dass eine Partei die Initiative ergreift, wenn sich die Gelegenheit zur Offensive bietet. Ein Jahr später verspielte die KPD ihren neu gewonnenen Einfluss, als die revolutionäre Gärung in Deutschland im Herbst 1923 einen Höhepunkt erreichte. Sie ließ die Gelegenheit verstreichen, den Staat revolutionär herauszufordern.³⁸ Dennoch zeigt ihre Erfahrung, wie eine revolutionäre Massenpartei die Vorherrschaft der Sozialdemokratie in der Arbeiterbewegung schwächen kann.

Antifaschistische Einheitsfronten: Zetkin, Gramsci und Trotzki

Nach der Niederlage der deutschen Revolution und damit der Möglichkeit einer Revolution in Europa beschleunigte sich die Bürokratisierung des Sowjetstaates, die in einer Konterrevolution und der Entstehung einer neuen herrschenden Klasse unter der Führung Stalins gipfelte. Dieser Prozess spiegelte sich auch in der Komintern wider, die zu einem Instrument der russischen Außenpolitik verkam.³⁹ Der Ansatz der Einheitsfront wurde von den kommunistischen Parteien weltweit aufgegeben.

Dies geschah in mehreren Schritten. Nachdem Stalin 1928 seine Macht gefestigt hatte, verkündete er den Beginn einer neuen revolutionären Aufschwungphase, in der der Hauptfeind der Arbeiter nicht der Faschismus, sondern die Sozialdemokratie sei, was jegliche Bündnisse unmöglich mache. Nach der Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung durch den Nationalsozialismus im Jahr 1933 bemühten sich die kommunistischen Parteien wieder um die Bildung gemeinsamer Fronten. Anstelle der von der Komintern in ihrer revolutionären Phase angestrebten Einheitsfront bedeutete das nun den Aufbau von »Volksfronten«, was in der Praxis dazu führte, dass Revolutionäre durch Bündnisse mit rechten Parteien zur Stabilisierung des Kapitalismus beitrugen. Die wichtigsten zeitgenössischen Marxisten verteidigten weiterhin die echte Einheitsfront. Insbesondere Trotzki steht für diese Politik, aber auch die Interventionen der deutschen Revolutionärin Clara Zetkin und Antonio Gramscis sind beachtenswert.

Die Behauptung, der Faschismus sei lediglich eine andere Form der bürgerlichen Herrschaft, und die damit einhergehende Verwirrung über seine soziale Basis und der der Sozialdemokratie, wurde nicht von Stalin erfunden – obwohl sie durch ihn den Status der offiziellen Linie der kommunistischen Bewegung erlangte. Bereits 1923 verteidigte Zetkin ein viel differenzierteres Verständnis des Faschismus gegen diejenigen, die seine Bedrohung herunterspielten. In vielerlei Hinsicht nehmen Zetkins Schriften den Kern von Trotzkis bekannteren Argumenten ein Jahrzehnt später vorweg. Sie sind umso eindringlicher, als die Erfahrungen mit faschistischen Bewegungen noch begrenzt waren.

Zetkin wollte aus der Niederlage der italienischen Arbeiterbewegung lernen und vermeiden, dass sich dieselben Fehler in Deutschland wiederholten. In ihrer Analyse des Faschismus verband sie dessen Entstehung als Massenbewegung mit der tiefen Krise der kapitalistischen Gesellschaft, die Teile der Mittelschicht in das Proletariat zu drängen drohte. Der Faschismus bediente sich einer scheinbaren antikapitalistischen Rhetorik, um diese Schichten anzusprechen, aber der Kern seiner Ideologie bestand darin, die Identifikation mit der Klasse durch die Identifikation mit der Nation zu ersetzen. Aus diesem Grund waren Rassismus, organisierte Gewalt zur Zerschlagung der Linken und Kriegstreiberei fester Bestandteil der Bewegung. Obwohl sie die Mittelschicht als Kern der sozialen Basis des Faschismus identifizierte, erkannte Zetkin das Potenzial für Teile der herrschenden Klasse, die Bewegung zu unterstützen. Um ihre Herrschaft zu sichern, brauchten sie »eine außerlegale, außerstaatliche Machtorganisation«, die ihnen die faschistischen Sturmtruppen boten. Weniger überzeugend argumentierte Zetkin, dass diese Klassenwidersprüche nach der Machtübernahme zu einem Wiederaufleben des Klassenkampfs führen würden. Sie bestand jedoch darauf, dass der Sinn der Analyse dieser Widersprüche nicht darin bestünde, den unvermeidlichen Untergang des Faschismus vorherzusagen und »in der Rolle von klugen und ästhetischen Zuschauern seinen Verwesungsprozeß abwarten«.⁴⁰

Stattdessen zeigte die italienische Erfahrung, dass der Faschismus eine dringende Bedrohung für die gesamte Arbeiterbewegung darstellte. Dem Faschismus war es egal, ob die Arbeiter vom Reformismus, vom revolutionären Sozialismus oder sogar von den katholischen Gewerkschaften beeinflusst waren: »Ihm [dem Faschismus] genügt, daß er einen klassenbewußten Proletarier vor sich hat, und den schlägt er nieder.« Ihre Schlussfolgerung lautete: »Deshalb müssen sich die Arbeiter ohne Unterschied der Partei und der Gewerkschaftsorganisation zum Kampfe zusammenfinden.« Eine von Zetkin verfasste und von der Komintern im Juni 1923 verabschiedete Resolution betonte, dass Kommunisten den Kampf gegen den Faschismus aufnehmen sollten, wozu die Einrichtung einer »besonderen Struktur zur Führung des Kampfes [...] bestehend aus Arbeiterparteien und Organisationen aller Richtungen« gehörte.⁴¹

Als die Komintern 1924 die Einheitsfrontpolitik aufzugeben begann, argumentierte Zetkin weiterhin, dass Verhandlungen mit Reformisten nicht aus Prinzip abgelehnt werden sollten. Sie könnten ein Mittel sein, um »den Druck auf sie zu erhöhen, aktiv zu werden« und »eine noch größere Zahl ihrer Anhänger für unsere Sache zu gewinnen«.⁴²

In Italien selbst war Gramsci einer der herausragenden Führer der entstehenden kommunistischen Bewegung gewesen. Er stand sowohl den reformistischen Führern, die die Fabrikbesetzungsbewegung zum Scheitern verurteilt hatten, als auch dem Sektierertum, das die PCI-Führung unter Bordiga beherrschte, kritisch gegenüber. Während der Fabrikbesetzungen wurde in seiner Zeitung *L'Ordine Nuovo* (Die neue Ordnung) die Dynamik der Doppelherrschaft betont. Die in diesem Prozess entstandenen Arbeiterorganisationen könnten die Grundlage zur Bildung eines Arbeiterstaats werden.⁴³ Es gab auch ein Interview mit einem der Anführer der Arditi in der *L'Ordine Nuovo*, und Gramsci betonte, dass die Revolutionäre sie unterstützen und gemeinsam antifaschistischen Widerstand aufbauen müssten.⁴⁴

Obwohl Gramsci überzeugende Argumente vorbrachte, übte er kaum Kritik an Bordigas ultralinker Fraktion. Erst in den Jahren nach Mussolinis Sieg im Herbst 1922 begann Gramsci, einen Flügel aufzubauen, um eine neue Führung für die PCI zu schaffen und sie von ihrem ultralinken Kurs abzubringen.⁴⁵ Noch im Jahr 1926 war für Bordiga der Faschismus kaum etwas anderes als die »normale« Herrschaft der Bourgeoisie und er sprach sich gegen jede Einheitsfront mit der Sozialdemokratie aus. Diese Argumente waren noch weniger überzeugend, als sie auf dem Kongress der PCI in Lyon vorgebracht wurden, der in Frankreich stattfand, weil die PCI und alle Oppositionsparteien von den Faschisten verboten worden waren. Für Bordiga sollten jedoch »permanente oder vorübergehende politische Koalitionen, Führungsausschüsse des Kampfes, die sich aus Vertretern der verschiedenen politischen Parteien zusammensetzen«, ebenso abgelehnt werden wie »die Methode der Unterhandlungen, Vorschläge und »Offenen Briefe« an anderen Parteien von Seiten der kommunistischen Partei.«⁴⁶

Gramsci stellte Thesen auf, die diesem Ansatz grundsätzlich widersprachen. Er schrieb, dass »die Vereinigung der Kräfte des Proletariats [...] auf dem Terrain des Kampfes« unter den gegebenen Umständen nicht nur richtig, sondern »die Hauptaufgabe der Partei« sei. Es galt die Aktionseinheit der Arbeiter als »ein konkretes, reales Ergebnis zu erreichen«, und dazu müssten die Kommunisten »sich den Arbeitern anderer Parteien und den parteilosen annähern und unnötige Feindseligkeit und Unverständnis überwunden werden«. Die Einheitsfront sollte »organisiert sein, das heißt, sich auf Gremien stützen, um die sich die Massen neu gruppieren und eine Form finden können«. Dies sollte geschehen, »ohne eine bestimmte Organisationsform zum Fetisch zu machen, wobei zu bedenken ist, dass unser grundlegendes Ziel darin besteht, eine immer stärkere Mobilisierung und organische Einheit der Kräfte zu erreichen«. Entgegen Bordigas Behauptung, dies käme einer Aufopferung der Unabhängigkeit der Revolutionäre gleich, betonten die Thesen, dass die Einheitsfronttaktik »eng mit der Frage verbunden ist, wie die Kommunistische Partei die Massen führen und wie sie eine Mehrheit gewinnen soll«.⁴⁷

Tragischerweise wurden Gramscis Argumente zwar vom Kongress unterstützt, doch am Ende des Jahres wurde er von Mussolini inhaftiert. Die Linie, die die stalinisierte Komintern den Kommunisten bald aufzwang, war viel näher an der von Bordiga. Es blieb Trotzki überlassen, diese Linie anzugreifen, insbesondere in seinen Schriften über Deutschland Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre. 1928 verkündete der 6. Kongress der Komintern die »Dritte Periode« und erklärte, nicht der Faschismus, sondern die Sozialdemokratie sei der Hauptfeind. Damit war jedes Bündnis mit reformistischen Parteien oder den von ihnen beeinflussten Gewerkschaften ausgeschlossen. Bald wurde die Behauptung, Parteien wie die SPD seien »Sozialfaschisten«, zur offiziellen Linie der Kommunisten. Demnach herrschte bereits eine Form des Faschismus in Deutschland. Schlimmer noch, die Haltung »Nach Hitler kommen wir!« setzte sich in der KPD durch. Hatte sich die KPD 1922/23 noch glaubwürdig als energische Kämpferin für Arbeitereinheit präsentiert, so wurde sie nun von vielen Arbeitern als hoffnungslos sektiererisch wahrgenommen. Die kommunistischen Parteien »isolierten sich und schrien dann umso lauter vom Spielfeldrand«.⁴⁸

In seinen Schriften aus dem Exil formulierte Trotzki eine marxistische Analyse des Faschismus, die der von Zetkin ähnelte. Die faschistische Massenbewegung entstand um den Mythos einer »nationalen Wiedergeburt«. Es war keine von den Kapitalisten gelenkte Verschwörung. Die herrschende Klasse konnte

angesichts einer tiefen Krise ein Bündnis mit den Führern der faschistischen Bewegung eingehen, um mörderische Gewalt gegen die Arbeiter zu entfesseln und jede Bastion der Demokratie und Organisation zu schleifen. Das würde bedeuten, dass kommunistische wie sozialdemokratische Organisationen, Gewerkschaften, Genossenschaften und so weiter vor der völligen Vernichtung standen. Im deutschen Kontext bedeutete dies, dass die KPD erneut einen Einheitsfrontkampf führen musste, um die Arbeiter gegen die Faschisten zu verteidigen.

Trotzki kritisierte den »Ultimatismus« der KPD, die halbherzige Vorschläge für eine Einheit unterbreitete, begleitet von allerlei Bedingungen und Drohungen, die ebenso schnell wieder zurückgezogen wurden, wie sie gemacht worden waren. Trotzki verglich diese Haltung mit der von Alexander Bogdanow – dem Bolschewiken, der angesichts der Entstehung der ersten Arbeiterräte in der Russischen Revolution von 1905 im Petrograder Sowjet forderte, dass sich die Arbeiter der Führung der Bolschewiki unterstellen sollten, sonst würde er den Rat verlassen. In gleicher Weise verhielt sich die KPD, als könne sie »vom Proletariat kurz und bündig Unterwerfung fordern«.⁴⁹ Trotzki machte die Dummheit dieser Haltung in einem satirischen Kommentar deutlich:

Jede Einheitsfront, die nicht im voraus unter Führung der Kommunistischen Partei steht [...], ist gegen die Interessen des Proletariats gerichtet. Wer die Führung der Kommunistischen Partei nicht anerkennt, ist schon dadurch ein »Konterrevolutionär«. Der Arbeiter ist verpflichtet, der kommunistischen Organisation auf Vorschuß, aufs Ehrenwort Glauben zu schenken.⁵⁰

Die Weigerung, eine Einheitsfront gegen den Faschismus zu bilden, kam der Aufgabe des Vorhabens gleich, die Mehrheit der Arbeiterklasse für sich zu gewinnen:

Die historische Aufgabe, welche die Kommunistische Partei erst zu lösen hat – Vereinigung der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter unter ihrem Banner – verwandelt die Bürokratie in ein Ultimatum, einen Revolver, den sie der Arbeiterklasse an die Schläfe setzt.⁵¹

Die Führer der SPD und des ADGB wollten keinen Kampf gegen die Nazis führen, in dem sich die Macht der Arbeiter:innen entfalten konnte. Sie hegten auch die Illusion, der kapitalistische Staat und die Verfassung würden Hitler schon aufhalten. Allerdings erkannten immer mehr ihrer Anhänger die von den Nazis ausgehende Bedrohung und hätten für gemeinsame Aktionen gewonnen werden können. Dazu hätte die KPD der Führung von SPD und ADGB immer wieder die Einheit vorschlagen müssen, wie schon 1922. Stattdessen formulierte die KPD-Führung die Idee einer »roten Einheitsfront« oder einer »Einheitsfront von unten«, die Trotzki spöttisch als Einheitsfront der KPD »mit sich selbst« bezeichnete.⁵² Die sektiererische Haltung der KPD lieferte den SPD-Führern Ausreden für ihre Untätigkeit. Der Sieg der Nazis über die deutsche Arbeiterbewegung, die die stärkste der Welt gewesen war, und die Schrecken der Konzentrationslager und des Zweiten Weltkriegs waren der blutige Preis für das Versäumnis, den Aufbau gemeinsamen Widerstands anzustreben.

Die Volksfront

Die Erschütterung, die Hitlers Sieg mit sich brachte, und der unmittelbar die Auslöschung der Arbeiterparteien und Gewerkschaften folgte, ließen die Fortsetzung der »Dritten Periode« nicht mehr zu, insbesondere vor dem Hintergrund der auch in anderen europäischen Ländern entstehenden faschistischen Bewegungen. Der neue Ruf nach Einheit seitens Komintern und kommunistischen Parteien fiel mit den diplomatischen Manövern des russischen Staates zusammen, Bündnisse mit Großbritannien und Frankreich, den beiden führenden imperialistischen Mächten, einzugehen und sich auf einen neuen Krieg vorzubereiten, der nach Hitlers Machtübernahme wahrscheinlich geworden war. Die Bündnisse, die die Kommunisten zwischen den Arbeiterparteien und Teilen der heimischen liberalen Bourgeoisie eingehen

sollten, waren so angelegt, dass sie diese diplomatischen Bemühungen nicht störten. Deshalb waren die Kommunisten bereit, den Kampf zurückzuhalten. Sie gingen auch Kompromisse in Fragen wie der Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen ein, wenn diese mit den imperialistischen Mächten zusammenstießen, mit denen die Sowjetunion ein Bündnis eingehen wollte. Wie Hallas schreibt, wurden die Kommunisten nun auf eine Position »weit rechts von den sozialdemokratischen Parteien« eingeschworen, »auf eine Position der Klassenzusammenarbeit – eben jene Position, [...] gegen die die Gründer der Komintern revoltiert hatten«.⁵³

In Frankreich rief der Versuch der Rechten, die liberale Regierung von Edouard Daladier zu stürzen, großen Widerstand hervor. Angesichts eines Generalstreiks stand die Führung der französischen Sozialisten und Kommunisten unter Druck, sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen. Sie einigten sich auf eine Wahlbündnis, die Volksfront, der nicht nur die beiden Arbeiterparteien angehörten, sondern auf Drängen der Kommunisten auch Daladiers durch und durch bürgerlich Radikale Partei. Der Wahlsieg der Volksfront im Juni 1936 löste Massenstreiks und Fabrikbesetzungen aus. Das erschreckte die herrschende Klasse und die Volksfrontregierung ergriff Maßnahmen, die Streiks zu beenden. Gewerkschaftsführer und Unternehmer handelten Zugeständnisse für die Arbeiter aus, während die Kommunisten versuchten, die Streikenden davon zu überzeugen, die kleinen Zugeständnisse anzunehmen. Das verunsicherte die Arbeiterbewegung, und als sich die Krise des französischen Kapitalismus verschärfte, wurden die Zugeständnisse bald durch wirtschaftliche Not zunichte gemacht. Die »linke« Regierung wurde von Widersprüchen zerrissen. Daladier, der eigentlich Verbündeter in einem antifaschistischen Bündnis sein sollte, nahm seine autoritäre Herrschaft wieder auf, verbot die Kommunistische Partei und schürte eine giftige antisemitischen Stimmung. Nach der deutschen Kriegsoffensive im Mai/Juni 1940 und der Besetzung Frankreichs durch die Nazis stimmten radikale und sozialistische Parlamentarier für das mit den Nazis kollaborierende Regime unter Philippe Pétain.⁵⁴

In Spanien war die erste Volksfrontregierung, die im Februar 1936 gewählt wurde, noch gemäßigter. Die Zweite Spanische Republik war gespalten zwischen einer kämpferischen Arbeiterklasse und einer zunehmend aggressiven extremen Rechten. Im Juli desselben Jahres unternahm Francisco Franco mit Unterstützung von Faschisten, der katholischen Kirche, Teilen der herrschenden Klasse und sogar Personen der Volksfrontregierung einen Putschversuch. Obwohl die Volksfrontparteien durch den Putschversuch gelähmt waren, erhoben sich in weiten Teilen des Landes Arbeiter und Bauern, stürmten Kasernen, um Waffen zu erbeuten, und setzten diese ein, um die extreme Rechte zu stoppen. Das war der Beginn der Spanischen Revolution. In den befreiten Gebieten hörten die traditionellen Institutionen des Staates auf zu funktionieren, und die Kontrolle ging faktisch auf die Arbeitermilizen über. Die Bauern kollektivierten das Land; Arbeiterkomitees entstanden, um Transport, Lebensmittelversorgung und Gesundheitsversorgung zu organisieren; die Stellung der Frauen verbesserte sich gegenüber der in jedem anderen Land der Welt zu dieser Zeit.⁵⁵

Die Offensive der Arbeiter warf eine Frage auf: Sollte der revolutionäre Prozess ausgesetzt werden, bis Francos Vormarsch gestoppt war, oder war die Vertiefung der sozialen Revolution die beste Garantie für den Sieg über Franco, indem der antifaschistische Kampf in einen umfassenden revolutionären Krieg überging und die Macht der Arbeiter gegen den kapitalistischen Staat entfesselt wurde? Die erste Option war die Position aller wichtigen Arbeiter- und liberalen republikanischen Organisationen der Volksfront. Wieder einmal waren es die Kommunisten, die unter der Führung Moskaus den Weg zu einem logischen Ende ebneten. Das bedeutete, die Arbeitermilizen gewaltsam zu entwaffnen, die Arbeiter aufzufordern, ihre erkämpften Errungenschaften aufzugeben, kollektiviertes Land den Großgrundbesitzern zurückzugeben, Anarchisten und revolutionäre Sozialisten zu ermorden und den republikanischen Staat mit seiner regulären Armee wieder aufzubauen. Das ebnete den Weg für Francos Sieg im Jahr 1939 und eine vier Jahrzehnte währende Diktatur.⁵⁶

Diese Beispiele zeigen die Kluft, die die Politik der Einheitsfront von der Volksfront trennt. Trotzdem hat der Volksfrontansatz auch heute noch Einfluss auf das antifaschistische Denken. Nachdem Anhänger Donald Trumps am 6. Januar 2021 das Kapitol gestürmt hatten, plädierte Paul Mason von der Labour Party für die Rückkehr zur Volksfront als »vorübergehendes Mitte-links-Bündnis«.⁵⁷ In Frankreich wird die von Jean-Luc Mélenchon angeführte linke Koalition, deren erklärtes Ziel es ist, den Aufstieg des faschistischen Rassemblement National zu stoppen, ausdrücklich als Nouveau Front populaire (Neue Volksfront) bezeichnet.⁵⁸ Einen ähnlichen Ansatz zur Bekämpfung des rechtsextremen Rassismus von Reform UK vertritt der schottische Ministerpräsident John Swinney, der Ende April ein »Treffen für Demokratie und Respekt« mit der Führung aller anderen parlamentarischen Parteien und Teilen der Zivilgesellschaft einberief und auch die Tories dazu einlud, obwohl sie das migrationsfeindliche Klima gefördert haben, in dem Nigel Farages Partei gedeiht.⁵⁹ Wie Alex Callinicos in seiner Antwort auf Mason feststellte, lässt die Bilanz der Volksfront in den 1930er Jahren

[...] kaum darauf schließen, dass »ein vorübergehendes Mitte-links-Bündnis« der richtige Weg ist, um den Faschismus zu schlagen. Die Mitte hat nicht nur nicht gehalten, sondern sie hat auch verraten. Diese historische Einschätzung wird noch unterstrichen, wenn wir uns die heutige »extreme Mitte« ansehen [...] Das sind die Manager der heutigen neoliberalen Ordnung. Ihr Versagen ist die eigentliche Ursache der gegenwärtigen Krise. Sich mit solchen Leuten zu verbünden bedeutet, es der extremen Rechten noch leichter zu machen, sich als der wahre Herausforderer des Status quo zu darzustellen.⁶⁰

Die Einheitsfront neu erfinden

Großbritannien war einer der Orte, an denen Revolutionäre in der Nachkriegszeit versuchten, die Taktik der Einheitsfront auf neue Probleme anzuwenden. Das wurde möglich, nachdem eine neue Phase internationaler Arbeitskämpfe einsetzte, eingeleitet durch den französischen Generalstreik von Mai 1968, wodurch der stalinistische Einfluss auf die Arbeiterbewegung geschwächt wurde. Die revolutionäre Linke konnte neue Kräfte sammeln, wenn auch in weitaus geringerem Ausmaß als in den Zwischenkriegsjahren.

In seinem frisch erschienenen Buch »A People's History of the Anti Nazi League« beschreibt Geoff Brown detailliert, wie die SWP, eine der radikalen linken Organisationen, die nach dem Aufstand von 1968 kämpferische Arbeiter:innen gewann, gemeinsam mit anderen Ende der 1970er Jahre eine breite Bewegung gegen die von der faschistischen National Front (NF) ausgehenden wachsenden Bedrohung aufbauen konnte.

Auf lokaler Ebene stießen die Faschisten oft auf Widerstand, aber ein systematischer und geeinter Widerstand auf nationaler Ebene blieb schwer zu erreichen. Brown zitiert den Journalisten Martin Walker, der Ende 1977 schrieb: »Die alten ideologischen Spaltungen machten es für die radikale Linke und die gemäßigten Antifaschisten immer noch fast unmöglich, ihre Differenzen in einer disziplinierten gemeinsamen Front beizulegen.« Ein offener Brief der Führung der SWP an die Kommunistische Partei, damals noch die größte Organisation links von Labour, in dem »gemeinsame Treffen der für antirassistische Aktivitäten zuständigen Ausschüsse unserer beiden Parteien vorgeschlagen wurden, um eine gemeinsame Kampagne in der Arbeiter:innenbewegung ins Leben zu rufen und die Faschisten von der Straße zu vertreiben«, wurde von der KP abgelehnt.⁶¹

Die Schlacht von Lewisham im August 1977 war ein Wendepunkt. Die NF plante einen Marsch durch ein multikulturelles Gebiet im Südosten Londons. Die SWP erklärte, dass es notwendig sei, die Faschisten aufzuhalten, und traf damit den Nerv der lokalen Schwarzen Jugendlichen und anderer, die diesen radikaleren Ansatz teilten. Am Tag selbst fand die NF ihre geplante Route von Tausenden von schwarzen und weißen Demonstranten besetzt vor. Antifaschisten lösten die Versammlung der NF auf, während die Polizei nicht in der Lage war, den Weg für den Marsch freizumachen. Die offizielle Reaktion auf diese

Ereignisse war eine fast einstimmige Verurteilung der SWP und derjenigen, die an der Aktion teilgenommen hatten, unter Verwendung von Begriffen wie »rote Faschisten«. Brown zitiert die *Daily Mail*, die *Times*, den *Guardian*, den *Morning Star*, führende Labour-Politiker und den damaligen stellvertretenden Vorsitzenden Michael Foot sowie Gewerkschaftsführer, die das Vorgehen der SWP kritisierten.⁶² Vor Ort war die Stimmung jedoch ganz anders. Paul Holborow, Mitglied der SWP, erinnert sich:

Als ich am Montagmorgen in die nationale Geschäftsstelle der SWP kam, klingelte das Telefon ununterbrochen, und die Nachrichten aus allen Teilen Londons und Teilen des Landes lauteten alle gleich. Sie sagten, was ihr am Samstag getan habt, war hervorragend und wir stehen voll und ganz hinter euch, aber mit der allgemeinen Politik der SWP sind wir nicht einverstanden.⁶³

Holborow war eine der beiden Schlüsselpersonen bei der Gründung der Anti-Nazi League (ANL), die andere war Peter Hain von der Labour Party, damals ein bekannter Aktivist gegen die Apartheid in Südafrika. In einer Gründungserklärung der ANL hieß es, man wolle »alle vereinen, die sich gegen den Aufstieg der Nazis in Großbritannien aussprechen, unabhängig von anderen politischen Differenzen«. Die ANL bildete zusammen mit Rock Against Racism (RAR) die Grundlage für eine der einflussreichsten Massenbewegungen in Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg und zog Hunderttausende zu Gegendemonstrationen und kulturellen Massenveranstaltungen gegen die Nazis an. Sie veränderte das politische Klima und trug antifaschistische und antirassistische Argumente tief in die Arbeitswelt und die Gemeinden hinein. Das Buch bietet unzählige Beispiele für Massenaktivitäten und Kreativität, die von der ANL und von RAR angestoßen wurden, mit Schwerpunkt auf Wahlkämpfe, Gewerkschaftskonferenzen, Aktivitäten im Betrieb, Musik und der breiteren Kulturszene, Arbeit rund um Fußballstadien und vielem mehr. Dieser Ansatz hatte die NF entscheidend geschwächt, die sich Ende der 1970er Jahre auf dem Rückzug befand. Dieser Erfolg ging auf die Politik der SWP zurück, eine echte Einheitsfront aufzubauen, die unabhängig von ihr agieren konnte:

Die Anschuldigung, die ANL sei eine Frontorganisation der SWP, war eine Beleidigung für den Intellekt der Zehntausenden, die daran beteiligt waren. Zu den Unterstützern der ANL gehörten 50 lokale Labour-Ortsverbände, 25 gewerkschaftlichen Ortsverbänden, 13 Vertrauensleutekomitees und 11 Ortsverbände der Bergarbeitergewerkschaft (NUM). Dreißig gewerkschaftliche Ortsverbände von Stahlarbeitern hatten sich der ANL angeschlossen. Zudem hatten sich Gewerkschaftsverbände von Eisenbahnern, Beamten, Textilarbeitern, Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung, Druckern, Journalisten, Fernseh- und Radiotechnikern, Postangestellten und Feuerwehrleuten angeschlossen. 26 Gewerkschaftsvorstände stimmten für die Unterstützung der ANL.⁶⁴

Der Erfolg der ANL war das Verdienst aller. Aber es war das theoretische Verständnis der Einheitsfront, das von Trotzki und anderen entwickelt und kreativ angewendet worden war, und auf dessen Grundlage Revolutionäre gehandelt hatten. Der gleiche Ansatz prägte auch die Nachfolgeorganisationen der ANL wie Unite Against Fascism (Gemeinsam gegen den Faschismus) oder Kampagnenorganisationen wie die Stop the War Coalition (Antikriegsbündnis), die gegründet wurde, um sich gegen den »Krieg gegen Terror« Anfang der 2000er Jahre zu wehren. Diese Erfahrungen ermutigten Revolutionäre auch andernorts, ähnliche vorzugehen, darunter die äußerst erfolgreiche griechische antirassistische und antifaschistische Vereinigung United Movement Against Racism and the Fascist Threat (KEERFA), die eine wichtige Rolle im Kampf gegen die Naziorganisation Golden Dawn spielte.

Das gleiche Verständnis liegt auch dem Bündnis Stand Up to Racism (SUTR) zugrunde, das aus Unite Against Fascism (UAF) hervorgegangen ist und weiterhin zu Aktionen gegen Nazis aufruft, aber auch

gegen nicht faschistische rechtsextreme Gruppierungen wie Reform UK und den staatlichen Rassismus, der deren Wachstum begünstigt, kämpft. Die SWP trägt mit ihren Bemühungen zum Aufbau dieser Einheitsfront bei und arbeitet mit anderen zusammen, die Rassismus als Bedrohung ansehen und sich einig sind, dass es eines gemeinsamen Kampfes bedarf.⁶⁵ Andere Initiativen wie die Kampagne We Demand Change, die im März 2025 in London bei einer Veranstaltung mit 2.000 Teilnehmer:innen ins Leben gerufen wurde, bieten eine weitere Plattform, auf der Revolutionärinnen und Nichtrevolutionäre sich zusammenschließen können, um Widerstand gegen Keir Starmers Angriff auf die arbeitende Klasse zu leisten und gleichzeitig verschiedene Ideen und Ansätze zu diskutieren und in der Praxis zu erproben.

Die Einheitsfront heute

Die Kräfte der revolutionären Linken in Ländern wie Großbritannien zählen heute bestenfalls einige Tausend. Das Kräfteverhältnis hat sich im Vergleich zu den Zwischenkriegsjahren deutlich zum Reformismus hin verschoben, auch wenn die Sozialdemokratie sich ebenfalls seit langer Zeit im Niedergang befindet. Doch trotz der tiefgreifenden Veränderungen in der Arbeiterbewegung ist die Einheitsfrontpolitik immer noch eine bedeutende Taktik für Revolutionäre. Erstens herrscht weiterhin das reformistische Bewusstsein vor, womit Revolutionäre täglich konfrontiert sind. Zweitens bleibt das Vorhaben, eine Mehrheit der Arbeiter für die Revolution zu gewinnen, der einzige Weg für diejenigen, die den Kapitalismus stürzen wollen, und das ist nicht einfach durch die abstrakte Diskussion von Ideen möglich. Die Einheitsfront spielt in diesem Zusammenhang weiterhin eine wichtige Rolle. Die in diesem Artikel untersuchten Erfahrungen zeigen, wie defensive Kämpfe durch die Stärkung des Vertrauens der Arbeiterklasse in ihre eigene kollektive Macht auch ein günstigeres Terrain für die Arbeiter schaffen können, um in die Offensive zu gehen.

Dabei sollte immer geprüft werden, ob und wie die Einheitsfronttaktik angewendet werden kann, wobei auch Faktoren wie das Kräfteverhältnis zu berücksichtigen sind. Eine kleine Partei wie die SWP kann nicht die gesamte Labour Party ansprechen, so wie die KPD vor hundert Jahren die SPD in Deutschland ansprechen konnte. Sie kann jedoch Teilen der Labour-Linken oder bestimmten Gewerkschaftsführungen solche Bündnisse vorschlagen. Nationale Vereinbarungen erleichtern es sodann, Bündnisse auf lokaler Ebene zu schaffen und Parteimitglieder wie auch parteilose Aktivisten für gemeinsame Aktionen zu gewinnen. Verbündete in einer Kampffront können in einer anderen Front Gegner sein, und die Grundlage für Bündnisse kann sich verschieben. So wird beispielsweise der gemeinsame Widerstand gegen Sparmaßnahmen unter der Labour-Regierung anders aussehen als unter ihrer konservativen Vorgängerin. Gewerkschaftsführungen, die unter der konservativen Regierung Proteste gegen Sparmaßnahmen unterstützen haben, könnten zögern, wenn sich die Proteste gegen eine Labour-Regierung richten. Ebenso müssen diejenigen, die sich in der Einheitsfront gegen Rassismus engagieren, bedenken, dass zwar Reform UK an vorderster Front rassistische Sündenbockpolitik betreibt, die Labour-Regierung unter Keir Starmer jedoch nun teilweise die Rhetorik von Nigel Farage übernimmt und den Staatsapparat einsetzt, um vermehrt abzuschieben, sehr zum Missfallen anderer Teile der Labour-Partei.

Das Kräfteverhältnis zwischen Revolutionären und Reformisten macht es heute schwieriger, die revolutionäre Partei zu einem Anziehungspunkt in der Einheitsfrontaktivität zu machen. Trotzkis Argument, Revolutionäre könnten nur von Einheitsfrontkämpfen profitieren, die zu erhöhter Kampfbereitschaft der Klasse führen, ist formal richtig, setzt sich aber keineswegs automatisch in das zahlenmäßige Wachstum der revolutionären Organisation um. In den 1920er Jahren hatte die Arbeiterklasse an Massenkämpfen teilgenommen, und das Klassenbewusstsein und die Selbstaktivität waren hoch. Das ist heute bei Weitem nicht mehr der Fall.

Viele neu politisierte Menschen in der ANL und der RAR traten weiterhin der Labour Party bei, da der Beitritt zu einer reformistischen statt zu einer revolutionären Organisation der nächste logische Schritt zu sein schien.⁶⁶ Dasselbe gilt für die Stop the War Coalition Anfang der 2000er Jahre, als die SWP eine

hegemoniale Rolle in der britischen radikalen Linken spielte, während ihre Mitgliederzahlen zurückgingen. Dies unterstreicht, wie wichtig es ist, dass Revolutionäre ihr Engagement für gemeinsames Handeln mit bewussten und konsequenten Bemühungen verbinden, diejenigen, mit denen sie zusammenarbeiten, davon zu überzeugen, mit dem Reformismus zu brechen und Revolutionäre zu werden, indem sie die Überlegenheit ihrer Taktik argumentativ darlegen und in der Praxis beweisen. Um die revolutionäre Organisation aufzubauen, reicht es auch nicht, sich allein auf Einheitsfrontaktivitäten zu stützen. Andere Methoden des Kampfes und der Organisation, von Straßenpropaganda bis zur Schaffung von Räumen zur Diskussion marxistischer Theorie, sind ebenfalls wichtig. Das isolierte Aneignen von Theorie ohne Beteiligung am realen Kampf wird kaum revolutionäre Kader hervorbringen wird, die in der wirklichen Welt intervenieren können. Praktische Aktivität ohne theoretische Unterfütterung und Integration in die revolutionäre Theorie wird wiederum bestenfalls gute Aktivist:innen hervorbringen, deren Zeit in den Reihen der Revolutionär:innen nur von kurzer Dauer sein wird.

Wegen des derzeit verhältnismäßig niedrigen Niveaus an Kämpfen und des Klassenbewusstseins tragen meist die Revolutionäre die Verantwortung für den Weiterbestand der Einheitsfront. Das erschwert es, politische Kontroversen mit Reformist:innen auszutragen. Stattdessen kann es mäßigenden Druck ausüben und die Teilnehmenden davon abhalten, ihre Meinung zu vertreten. Das Navigieren in diesen schwierigen Gewässern ist eher eine Kunst als eine Wissenschaft, und diejenigen, die in Trotzkis Schriften aus den 1920er und 1930er Jahren fertige Formeln für die Probleme der heutigen Klassenkämpfe suchen, werden wahrscheinlich in die Irre gehen. Revolutionäre sollten ihre Ideen offen darlegen, während sie gemeinsam mit anderen kämpfen, und sie sollten offen über die Methoden des Kampfes diskutieren, auch wenn sie wissen, dass sie in der Minderheit sind. Revolutionäre sollten immer danach streben, der linke Pol in der Einheitsfront zu sein, indem sie auf militante Aktionen und radikale Argumente drängen.

Daraus folgt: Je größer die revolutionäre Linke in den kommenden Jahren wird, desto größer ist die Möglichkeit, Reformist:innen zu gemeinsamen Aktionen zu drängen, die viel mehr Arbeiter:innen in Aktivitäten einbeziehen können. Der Aufbau einer revolutionären Linken erfordert die aktive Beteiligung an den Kämpfen der arbeitenden Klasse. Um das zu erreichen, wird die Einheitsfront weiterhin ein fruchtbare Ansatz sein, solange Revolutionär:innen in der Arbeiter:innenklasse eine Minderheit darstellen.

Héctor Sierra ist Mitglied des Zentralkomitees der Socialist Workers Party und lebt in Glasgow. Er ist außerdem Sekretär von Stand Up to Racism Scotland und Aktivist bei Stop the War Scotland.

Literaturverzeichnis

- Bambery, Chris (2007): Hegemony and Revolutionary Strategy. In: *International Socialism* 114 (Frühjahr). isj.org.uk/hegemony-and-revolutionary-strategy
- Behan, Tom (2003): The Resistable Rise of Benito Mussolini. London: Bookmarks.
- Birchall, Ian (2013): Being Right Is Not Enough: Some Thoughts on Paul Levi. In: *International Socialism* 138 (Frühjahr). isj.org.uk/being-right-is-not-enough-some-thoughts-on-paul-levi
- Bordiga, Amadeo (1926): Thesenentwurf der Linken für den 3. Kongress der KP Italiens (1926), Lyon. www.sinistra.net/lib/upt/kompro/cipi/cipifdubod.html
- Broué, Pierre (1997): Histoire de l'Internationale Communiste, 1919–1943. Paris: Fayard.
- Brown, Geoff (2025): A People's History of the Anti Nazi League. London: Bookmarks.
- Callinicos, Alex (2023): The New Age of Catastrophe. Cambridge, Oxford, Boston, New York: Polity.
- Choonara, Joseph (2007): The United Front. In: *International Socialism* 117 (Winter). isj.org.uk/the-united-front
- Choonara, Joseph (2024): Confronting Britain's Far-Right Problem. In: *International Socialism* 184 (Herbst). isj.org.uk/confronting-far-right
- Choonara, Joseph (2025): Cadrisation: Building a Party of Organic Intellectuals. In: *International Socialism* 186 (Frühjahr). isj.org.uk/cadrisation
- Fernbach, David (2011): Introduction. In: Fernbach (Hg.): In the Steps of Rosa Luxemburg: Selected Writings of Paul Levi. Leiden: Brill.
- Gaido, Daniel (2017): Paul Levi and the Origins of the United Front Policy in the Communist International. In: *Historical Materialism*, Band 25, Nr. 1.
- Gramsci, Antonio (1978): The Party's First Five Years. In: Selections from Political Writings, 1921–1926. London: Lawrence and Wishart.
- Gramsci, Antonio/Togliatti, Palmiro (1978): The Italian Situation and the Tasks of the PCI (Lyon Theses). In: Gramsci, Selections from Political Writings, 1921–1926. London: Lawrence and Wishart.
- Godard, Denis (2024): The Popular Front in France: No Solution to Fascism. In: *International Socialism* 184 (Herbst). isj.org.uk/the-popular-front-in-france-no-solution-to-fascism
- Hallas, Duncan (2019): Die Rote Flut. Berlin: Edition Aurora.
- Harman, Chris (1967): Rußland, wie die Revolution scheiterte! www.marxists.org/deutsch/archiv/harman/1967/xx/revolution.htm
- Harman, Chris (1998): Die verlorene Revolution – Deutschland 1918–1923. Berlin: Edition Aurora.
- Harman, Chris (2016): Wer baute das siebentorige Theben. Wie Menschen ihre Geschichte machen. Hamburg: Laika.
- Holborow, Paul (2019): The Anti Nazi League and its lessons for today, In: *International Socialism* 163 (Sommer). isj.org.uk/the-anti-nazi-league
- Levi, Paul (2017 [1920-1921]): Two Documents by Paul Levi. In: *Historical Materialism*, Band 25, Nr. 1.
- Mason, Paul (2021): The Trump Insurrection: a Marxist Analysis. medium.com/mosquito-ridge/the-trump-insurrection-a-marxist-analysis-dc229c34cdc1
- Sierra, Hector (2025): SNP Leader John Swinney's Popular Front Strategy Won't Stop Reform UK. In: *Socialist Worker* (28. Februar). socialistworker.co.uk/comment/snp-leader-john-swinneys-popular-front-strategy-wont-stop-reform-uk

Sinowjew, Grigori (2012 [1922]): Italy; Czechoslovakia. In: John Riddell (Hg.): Toward the United Front: Proceedings of the Fourth Congress of the Communist International, 1922. Leiden: Brill.

Trotzki, Leo (1922): Betrachtungen über die Einheitsfront. In: Sozialistische Klassiker 2.0. Website tinyurl.com/4bezyz3h

Trotzki, Leo (1971 [1932]): »Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats.« In: Trotzki, Leo: Schriften über Deutschland. Band 1. Hg. von Dahmer, Helmut/Mandel, Ernest. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt. www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1932/wasnun

Trotzki, Leo (1973): Geschichte der Russischen Revolution. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

Trudell, Megan (2007): The Turin Years. In: *International Socialism* 114 (Frühjahr). isj.org.uk/gramsci-the-turin-years

Zehetmair, Sebastian (2012): Germany's Lost Bolshevik: Paul Levi Revisited. In: *International Socialism* 136 (Herbst). isj.org.uk/germanys-lost-bolshevik-paul-levi-revisited

Zetkin, Clara (1923): Der Kampf gegen den Faschismus – Bericht auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

www.marxists.org/deutsch/archiv/zetkin/1923/06/faschism.htm

¹ Vielen Dank an Joseph Choonara, Gareth Jenkins, Ken Olende und Tony Philips für ihre Kommentare zu einem ersten Entwurf. Vielen Dank auch an Gareth, der mir seine noch unveröffentlichte Übersetzung von Pierre Broué's Buch über die Komintern zur Verfügung gestellt hat, und an Geoff Brown für die Vorabversion seines Buchs über die Geschichte der Anti-Nazi League, das inzwischen bei Bookmarks Publications erschienen ist.

Diese Übersetzung ins Deutsche wurde bearbeitet von Francis Byrne und Rosemarie Nünning.

² Hallas (2019: 59–62).

³ Broué (1997: 250).

⁴ Diese Debatten fanden hauptsächlich während des Dritten und Vierten Kongresses der Komintern statt. Weitere Einzelheiten finden sich bei Hallas (2019).

⁵ Broué (1997: 250).

⁶ Eine ausführlichere Erörterung dieser Erfahrung und ihrer Bedeutung für die Einheitsfront findet sich bei Choonara (2007).

⁷ Trotzki (1973: 596).

⁸ Trotzki (1973: 596).

⁹ Trotzki (1974).

¹⁰ Trotzki (1922).

¹¹ Trotzki (1922).

¹² Trotzki (1922).

¹³ Trotzki (1922). Choonara (2025) erörtert den Zusammenhang mit dem Aufbau einer revolutionären Kadergruppe.

¹⁴ Broué (1997: 250) erklärt, dass dies das heikelste Thema in den Debatten über die Einheitsfront war: »Wir haben hier natürlich einen scheinbar unüberwindbaren Widerspruch. Indem sie den Reformisten gemeinsame Aktionen vorschlagen, sie aber weiterhin bei jeder Gelegenheit als »Verräter« bezeichnen, helfen sie ihnen, die Schuld von sich zu weisen oder geben ihnen Gelegenheit, gemeinsame Aktionen abzulehnen.« Für Broué lag die Lösung dieses Dilemmas darin, klar vor Augen zu haben, dass »das Ziel vor allem darin besteht, Wege zur gemeinsamen Aktion zu finden, damit die von Revolutionären politisch geschulten Arbeiter selbst den ›Verrat der Reformisten‹ erleben können.«

¹⁵ Trotzki (1922).

¹⁶ Trotzki (1922).

¹⁷ Trotzki (1974: 106).

¹⁸ Trotzki (1974: 95–96).

¹⁹ Siehe Hallas (2019: 62–67). Behan (2003: 25–36).

²⁰ Gramsci (1978: 380).

²¹ Broué (1997: 237).

²² Broué (1997: 238).

²³ Behan (2003: 58–59).

²⁴ Broué (1997: 237).

²⁵ Behan (2003: 68).

²⁶ Behan (2003: 86).

²⁷ Zinoviev (2012: 1053–1054).

²⁸ Levi (2017: 180–183). Genau genommen hieß die Partei zu diesem Zeitpunkt Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands aufgrund der kurz zuvor erfolgten Fusion der KPD und des revolutionären Flügels der USPD. Bald darauf kehrte sie zu dem Namen KPD zurück.

²⁹ Mehr Hintergrund dazu in: Hallas (2019); Harman (1998, Kapitel 10); Gaido (2017); Fernbach (2011).

³⁰ Broué (1997: 204–206).

³¹ Siehe Hallas (2019: 62–63); Harman (1998: 251–260).

³² Siehe Zehetmairs (2012) wohlwollende Darstellung von Levis Beitrag zur Entwicklung der Theorie der Einheitsfront; aber auch Birchall (2013) mit wichtigen Einwänden. Siehe auch Gaido (2017: 153, 165).

³³ Hallas (2019: 99).

³⁴ Broué (1997: 254).

³⁵ Broué (1997: 255).

³⁶ Broué (1997: 255).

³⁷ Broué (1997: 255–256).

³⁸ Siehe Harman (1998: 329–378).

³⁹ Siehe Harman (1967).

⁴⁰ Zetkin (1923).

⁴¹ Zetkin (1923).

⁴² Siehe Taber/Ridell (2017: 89–104) zu Zetkins privaten und öffentlichen Äußerungen, darunter ihre Rede vor dem Deutschen Reichstag von 1932, in der sie zur Einheitsfront aufrief.

⁴³ Trudell (2007).

⁴⁴ Behan (2003: 61–62).

⁴⁵ Bamberg (2007).

⁴⁶ Bordiga (1926).

⁴⁷ Gramsci/Togliatti (1978: 367–375).

⁴⁸ Siehe Hallas (1985: 138–143). Die Parole »Nach Hitler kommen wir!« gab tatsächlich der Sozialdemokrat Karl Höltermann in seiner Rede auf der letzten Bundesgeneralversammlung des Wehrverbands Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Februar 1933 aus. Die KPD verhielt sich aber ähnlich. Der KPD-Führer Hermann Remmele erklärte 1931: »Die faschistischen Herrschaften schrecken uns nicht. Sie werden rascher abwirtschaften als jede andere Regierung.« Siehe Hallas (2019, Kapitel 6).

⁴⁹ Trotzki (1971: 205).

⁵⁰ Trotzki (1971: 205).

⁵¹ Trotzki (1971: 205).

⁵² Trotzki (1971: 212).

⁵³ Hallas (2019: 155).

⁵⁴ Harman (2016, Band 3: 167: 179).

⁵⁵ Broué/Temime (1970: 121–170) diskutieren die Entwicklung der Doppelherrschaft in der Revolution.

⁵⁶ Harman (2016, Band 3: 179–191).

⁵⁷ Mason (2021). Masons Streben nach einem Bündnis mit der Mitte hat dazu geführt, dass er sich immer mehr der Mitte anpasst, sich begeistert für die Nato in ihrem Stellvertreterkrieg mit Russland um die Ukraine einsetzt und Keir Starmer und seiner nach rechts gerückten Labour-Regierung Schützenhilfe leistet.

⁵⁸ Godard (2024).

⁵⁹ Sierra (2025).

⁶⁰ Callinicos (2023: 171).

⁶¹ Brown (2025, Kapitel 5).

⁶² Brown (2025, Kapitel 4).

⁶³ Holborow (2019).

⁶⁴ Brown (2025, Kapitel 7).

⁶⁵ Siehe Choonara (2024) zu der Reaktion von SUTR auf die rechtsextremen Unruhen in Großbritannien im Sommer 2024.

⁶⁶ Brown (2025, Kapitel 11).